

Mitgliederzeitschrift für die Bediensteten des Justizvollzugs

Der VOLLZUGSDIENST

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands



dbb
beamtenebund
und tarifunion

CESI

ALL WORKERS COUNT

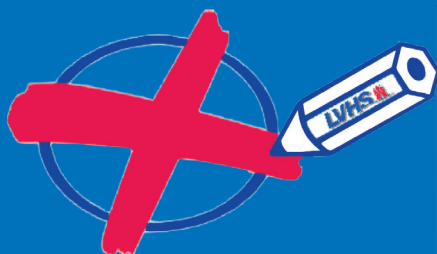


2 | 2026

73. Jahrgang

Liste 1

PERSONALRATSWAHLEN HAMBURG 2026



Kontinuität
Engagement

Durchsetzungsvermögen



Landesverband Hamburgischer Strafvollzugsbediensteter in Deutschland

LVHS



Foto: BSBD Hamburg



Foto: Windmüller

TV-L 2026

Ein Kompromiss – und ein klarer Auftrag für die Zukunft

- ▶ ab 1. April 2026: + 2,8 %, mindestens jedoch 100 Euro monatlich
- ▶ ab 1. März 2027: + 2,0 %
- ▶ ab 1. Januar 2028: + 1,0 %

Weitere Details zum Tarifabschluss im Bundesteil



dbb - beamtenebund und tarifunion

Einkommensrunde der TdL - 2026

The top of security.

SECURITY
MADE IN
GERMANY
1883



Expertenwissen
kompakt für
Ihren Erfolg.

STUV ACADEMY

Sicherheit verstehen. Verantwortung übernehmen.



Praxisorientierte Qualifizierung für die verantwortungsvolle Tätigkeit als Schlossbeauftragte:r – in unseren bewährten Seminaren erwerben Sie fundiertes Fachwissen rund um Schließsysteme, Zutrittsorganisation und die Rolle der Schlossbeauftragten in Justizvollzugseinrichtungen.

Jetzt informieren und direkt anmelden: www.stuv.de/stuv-academy



Parkstraße 11
42579 Heiligenhaus
Germany

T +49 20 56 - 14 5 00
E sales@stuv.de
www.stuv.de

Mitglied im
 dbb beamtenbund und tarifunion
 Europäische Union der
 Unabhängigen Gewerkschaften
 (CESI)



Bundvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd-bund.de www.bsbd.de
Stellv. Bundvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd-bund.de
Stellv. Bundvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd-bund.de
Stellv. Bundvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd-bund.de
Stellv. Bundvorsitzende	Dörthe Kleemann	doerthe.kleemann@bsbd-bund.de
Stellv. Bundvorsitzender		
Schriftleitung	Martin Kalt	martin.kalt@bsbd-bund.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands	Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de

Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Michael Schwarz	bsbdschwarz@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Alexander Sammer	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Dörthe Kleemann	geschaeftsstelle@bsbd-brb.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Sven Stritzel	sven.stritzel@jva.bremen.de
Hamburg	Sascha Möbius	sascha.moebius@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Wilma Volkenand	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Matthias Nicolay	mpaape@onlinehome.de www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Oliver Mageney	oliver.mageney@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Horst Butschinek	info@bsbd-nrw.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Mark Schallmo Stefan Wagner	mail@bsbd-rlp.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Sascha Klein	sa.klein@jvasb.justiz.saarland.de
Sachsen	Thomas Porr	thomas.porr@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-lsa.de www.bsbd-lsa.de
Schleswig-Holstein	Henry Malonn	malonn@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Ronny Rüdiger	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

REDAKTIONSSCHLUSS

Ausgabe 3 - 2026: ▶▶▶ 12. Mai 2026

ERSCHEINUNGSTERMIN

Ausgabe 3 - 2026: ▶▶▶ 18. Juni 2026

BUNDESHAUPTVORSTAND

BSBD warnt vor Überlastung der Justizvollzugsanstalten	4
TV-L-Tariferggebnis 2025/26	6
Tarifrunde 2026: Ein Abschluss an der Belastungsgrenze	7
Nebenbei bemerkt	8
Bundesjugend tagt erneut digital	9
Arbeitssitzung der BSBD-Frauenvertretung	10
Seminar Gewerkschaftsarbeit	12



Die Seminargruppe mit Referent Michael Vetter

LANDESVERBÄNDE

Baden-Württemberg	14
Bayern	20
Berlin	27
Brandenburg	33
Hamburg	38
Hessen	48
Mecklenburg-Vorpommern	60
Niedersachsen	63
Nordrhein-Westfalen	69
Rheinland-Pfalz	81
Saarland	86
Sachsen	92
Sachsen-Anhalt	95
Schleswig-Holstein	99
Thüringen	103
—	
Impressum	71

Mitgliederversammlung des BSBD-Ortsverbandes Diez

Rückblick und Neuwahlen

Am 3. März 2026 fand die diesjährige Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Diez des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD) statt. Auch wenn die Veranstaltung in diesem Jahr nicht ganz so stark besucht war wie erhofft, war es dennoch eine angenehme und konstruktive Versammlung mit vielen guten Gesprächen unter Kolleginnen und Kollegen.

Der bisherige Ortsverbandsvorsitzende Markus Stahl, der bei den turnusmäßigen Neuwahlen nicht erneut kandidierte und damit sein Amt abgab, berichtete ausführlich über die aktuelle Situation der Personalratsarbeit in der Justizvollzugsanstalt Diez. Dabei wurde deutlich, dass die Arbeit im Personalrat in den vergangenen Jahren deutlich schwieriger geworden ist. Während es früher Zeiten gab, in denen die Zusammenarbeit vielfach von gegenseitigem Vertrauen geprägt war und die Arbeit trotz aller Herausforderungen auch viel Freude bereitet hat, hat sich die Situation mittlerweile spürbar verändert.

Seit Jahren bestehen in der Anstalt nahezu unverändert Probleme bei der Personalsituation. Überstunden, steigende Aufgabenbelastung und wachsende Anforderungen prägen zunehmend den Arbeitsalltag der Bediensteten. Gleichzeitig kommt die Personalgewinnung nur schleppend voran. Auch bei übergeordneten Behörden und in Teilen der Führungsebene werden Entwick-

lungen gesehen, die aus Sicht des Ortsverbandes kritisch zu betrachten sind.

Kollege Stahl erinnerte zudem daran, dass er in seiner Amtszeit vielfach als „Helfer in der Not“ für Kolleginnen und Kollegen tätig war, die in schwierige dienstliche Situationen geraten waren. Auch wenn diese Fälle für die Betroffenen oft belastend gewesen seien, boten sie immer wieder die Möglichkeit, sich entschlossen für die Interessen der Bediensteten einzusetzen und gemeinsam Lösungen zu finden, um die Kolleginnen und Kollegen aus schwierigen Lagen herauszuführen.

Ein weiterer Punkt der Versammlung war ein Rückblick auf die örtlichen Personalratswahlen im Mai 2025. Trotz einiger Schwierigkeiten im Vorfeld der Wahl – unter anderem durch Entscheidungen des Behördenleiters der Justizvollzugsanstalt Diez, die dem Ortsverbandsvorsitzenden unter fragwürdigen Begründungen zusätzliche Hürden bereiteten – konnte der Ortsverband ein sehr starkes Ergebnis erzielen. Mit rund 35 Prozent der Stimmen erreichte der BSBD den zweiten Platz, nur vier Stimmen hinter ver.di, die mit etwa 37 Prozent den ersten Platz belegten. Die Bewerber der Freien Liste kamen auf rund 28 Prozent der Stimmen. Ungeachtet der unterschiedlichen Positionen arbeitet der Ortsverband weiterhin engagiert im örtlichen Personalrat mit, auch wenn Diskussionen und Abstimmungen gelegentlich kontrovers verlaufen.

Im Rahmen der Mitgliederversammlung standen außerdem turnusgemäß Neuwahlen des Ortsverbandsvorstandes auf der Tagesordnung. Zum neuen Vorsitzenden des Ortsverbandes wurde Kollege Janus Matysek gewählt. Als stellvertretende Vorsitzende unterstützen künftig die Kollegen Tim Christ und Alexander Jösch die Arbeit des Ortsverbandes. Mit der Verwaltung der Kassengeschäfte wurde Matthias Achter beauftragt. Zum Schriftführer wurde Christoph Retagne gewählt.

Als Beisitzer mit besonderem Blick auf die Pensionärs-Vertretung wurden Monika Birlebach sowie der langjährige Kollege Klaus Griebel gewählt. Die Kassenprüfung übernehmen künftig die Kollegen Manfred Schemuly und Frank Brötz.

Insgesamt war die Mitgliederversammlung eine gelungene Veranstaltung. Neben den wichtigen Themen blieb auch Zeit für persönliche Gespräche, Erinnerungen an frühere Zeiten im Dienst und einen offenen Austausch über die Herausforderungen der Gegenwart. Bei gutem Essen und Getränken wurde viel gelacht und noch lange in kollegialer Runde zusammengesessen – ganz im Sinne eines lebendigen Ortsverbandes.

Markus Stahl
OV Diez

75

-Jahre BSBD Rheinland-Pfalz – ein guter Grund zum Feiern

Landesverband lädt am 5. September ab 17 Uhr
alle Mitglieder in das Weingut Sonnenberg-Speeter nach Neuleiningen ein.

Euch erwartet ein fröhliches Beisammensein in gemütlicher Atmosphäre, guter Musik und leckerem Essen und Trinken.

Anmeldung und Informationen zum Mitgliederfest beim jeweiligen Ortsverband
oder über die Landesgeschäftsstelle (mail@bsbd-rlp.de, Telefon: 06571/9528418).

Schulung der Personalräte durch professionellen Kommunikationsreferenten

Bei der dritten Schulung der Personalräte von Justiz und Justizvollzug in der Jugendherberge in St. Goar konnten die Veranstalter über zwanzig Kolleginnen und Kollegen aus dem Bereich des Justizvollzuges und der Justiz begrüßen. Eingeladen und organisiert wurde die Schulung von dem langjährigen und erfahrenen Schulungsleiter Winfried Conrad.

„Neue Wege in der Personalräteschulung“ lautete das Thema der Veranstaltung. Neben einem professionellen Referenten für Kommunikation und Konfliktbewältigung waren auch die Personalverantwortlichen aus den teilnehmenden Bereichen geladen.

Für die ordentliche Gerichtsbarkeit war Herr Mrohs vom OLG Koblenz angereist. Der Vollzug konnte sich mit den beiden Personalverantwortlichen des Ministeriums Frau Neu und Herrn Schönbrunn austauschen.

Zu Beginn der Veranstaltung stellten sich die anwesenden Personalratsvertreter/innen vor. Anschließend ging es in Klausur mit dem Auftrag die Themen für die Gespräche mit dem Personalverantwortlichen des OLG und des Ministeriums vorzubereiten.

Dankenswerterweise hatte sich die anwesende Vorsitzende des HPR Justiz Kollegin Jella Fiebach und der Vorsitzende des HPR Strafvollzug Kollege Mark Schallmo bereit-erklärt, zusammen mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern, einen Fragenkatalog zu erstellen.

Der Nachmittag gehörte dem Referenten Michael Vetter, neu in der Riege der Vortragenden. Alle waren gespannt auf seinen Auftritt. Der Kommunikationsprofi, Radiosprecher, Medientrainer und Konfliktmanager eröffnete seinen Vortrag mit einem Zitat: „Das größte Talent des erfolgreichen Menschen ist, sich selbst motivieren zu können.“ Gespannt verfolgten die Personalvertreter/innen die Inhalte des Vortragenden. Abwechslungsreich, hoch kompetent und einfach faszinierend konnte Vetter die Zuhörerschaft binden. Mit Kernaussagen wie „Lob ist die Königsdisziplin der Rhetorik“ und „bleibt aus den Köpfen anderer Menschen“ untermauerte er seine Botschaften. Vertieft wurden seine Aussagen dann in Rollenspielen mit der Gruppe. Am Ende dankte Kollege Conrad Michael Vetter für seinen außerordentlich spannenden und gewinnbringenden Vortrag. Die Zusammenarbeit wird fortgesetzt, so der Schulungsleiter.

Am Vormittag des zweiten Schultages standen die Gespräche mit den Personalverantwortlichen an. Die Vertreterin und Vertreter aus den Reihen der Justizfamilie waren gegenüber den Vorträgen und Nachfragen der Personalvertretung sehr aufgeschlossen.

Nach über zwei Stunden intensivem Austausch waren sich alle Anwesenden einig, so eine Veranstaltung sollte regelmäßig stattfinden. Organisator Conrad wird den Wunsch der Teilnehmer auch für zukünftige Schulungsveranstaltungen berücksichtigen.

Der letzte Schulungsblock am Nachmittag wurde zum Erfahrungsaustausch genutzt. Unter Anleitung des Schulungsleiters wurden aktuelle Entwicklungen in der Personalratsarbeit erörtert.

Conrad deutete an, dass er vor hat im nächsten Jahr wieder drei Schulungsveranstaltungen anzubieten.

Winfried Conrad
PR-Schulungsorganisation



Die Teilnehmer sowie erste Reihe dritte von rechts Frau Neu, zweiter von rechts Herr Schönbrunn, beide Justizministerium RLP.

Jahreshauptversammlung 2025 des BSBD Ortsverband Zweibrücken



Foto: BSBD RLP

v.l.n.r.: Lars Mai, Stefan Kehl, Heike Christ, H.-P. Krell, Larissa Janzen, Oliver Reiß, Thomas Reichert, Robert Grünngel, Markus Klimt, Jörg Vogelgesang, Christine Jurgielewicz, Jens Scherer, Stefan Wagner

Am 22.01.2026 fand im Gewölbekeller der Anstaltsgärtnerei die Jahreshauptversammlung 2025 des BSBD OV Zweibrücken statt. Nach Begrüßung, Schweigeminute zum Gedenken der Verstorbenen und Feststellung der Beschlussfähigkeit, berichtete der Ortsverbandsvorsitzende Lars Mai, da keine neuen Anträge vorgebracht wurden, über das vergangene Jahr 2025. Er begann den Rückblick mit den Personalrats- sowie Hauptpersonalratswahlen, bei denen der Ortsverband Zweibrücken sich sehr gut positionieren konnte. Mit über 260 Mitgliedern ist der Ortsverband einer der mitgliedstärksten in RLP, was zeigt, dass der Generationenwechsel hier gelungen ist. Mittlerweile habe der BSBD im Share-Point der JVA Zweibrücken schon eine eigene Rubrik bekommen.

Ein Erfolg für den BSBD ist die höhere Gruppierung für die Beschäftigten im Sozialdienst, der in der entsprechenden Arbeitsgruppe seinen Ursprung fand und sich nun in „barer Münze“ für die Betroffenen auszahlt.

Nach den erfolgreichen Aktionen wie dem „Biertasting“ im Gewölbekeller, den individuell bedruckten Kaffeetassen und der Nikolausaktion Ende 2025, sind für 2026 eine Sommerwanderung am Bostalsee und ein gemeinsames Bogenschießen geplant. Erwähnt wurde auch, dass Hamburg und Rheinland-Pfalz die letzten Bundesländer sind, welche noch das Pensionseintrittsalter 60 hätten und diese besondere Altersgrenze im AVD auch bleiben muss. Außerdem erinnerte Mai daran, sich in der nun feststehenden Beförderungsrunde des Justizministeriums zu bewerben.

Im Anschluss berichtete der Landesvorsitzende Stefan Wagner (OV Wittlich) zur derzeitigen Lage der Tarifverhandlungen. Er betonte die Notwendigkeit von Protestaktionen der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst, welche am 04.02.2026 in Mainz starteten und an welcher der OV Zweibrücken mit 15 Teilnehmern sehr stark vertreten war.

2026 steht neben den Landtagswahlen im März, bei denen auch ein neuer Justiz-

minister ernannt werden könnte, der September im Fokus des 75. Jubiläums des BSBD Rheinland-Pfalz. Hierzu lädt der Landesverband alle Mitglieder zu einer Festveranstaltung nach Neuleinigen ein. Im Anschluss wurden die anwesenden langjährigen Mitglieder des OV geehrt:

10 Jahre BSBD: Oliver Reiß, Stefan Kehl

25 Jahre BSBD: Jörg Vogelgesang, Larissa Janzen, Markus Klimt

35 Jahre BSBD: Heike Christ, Thomas Reichert

40 Jahre BSBD: Hans-Peter Krell

60 Jahre BSBD: Heinrich Gerhard (leider kurzfristig erkrankt)

Das anschließende Abendessen von unserem „Sternekoch“ Volker Stephan rundete den Versammlungsabend in gewohnter Atmosphäre noch einmal ab.

Lars May
OV-Vorsitzender

Meinungsfreiheit gilt auch für Beamte

In den letzten Jahren geraten immer mehr Staatsbedienstete und Gewerkschaftler wegen politischer Meinungsäußerungen in das Fadenkreuz dienstlicher Ermittlungen. Anscheinend wird hier versucht die Grenze zwischen zulässiger Meinungsäußerung und politischer Agitation zu verwischen.

Besonders kritisch beobachten wir, dass diese Kontrolle zunehmend nicht nur auf den dienstlichen, sondern auch auf dem privaten Bereich ausgedehnt wird. Wird hier der oft verwendete Vorwand der politischen Mäßigung für Staatsbedienstete von manchen Stellen überzogen ausgelegt?

Dieses im Grundsatz richtige Gebot dient grundsätzlich dem Schutz demokratischer Strukturen und dem neutralen Rechtsstaat und ist in keinem Falle dazu da, regierungskritische Äußerungen zu unterbinden. Die allzu unbedarfte Anwendung des Mäßigungsgebotes erzeugt letztlich bei den Bediensteten nur ein Klima der Angst, welches sie in ihrer grundgesetzlich festgelegten Meinungsfreiheit einschränkt.

Ein wegweisendes Urteil wurde vom LG Essen im Falle des Polizeigewerkschaftlers Manuel Ostermann im November 2025 gesprochen. Die Richter stellen in ihrer Urteilsbegründung fest, dass:

- ▶ Kritik an politischen Entscheidungen zulässig sei, auch wenn sie scharf formuliert ist.
- ▶ Ein Gewerkschaftsfunktionär sogar die erhöhte Befugnis hat, Missstände anzusprechen.
- ▶ Die demokratische Gesellschaft gerade diese kritischen Stimmen aus den staatstragenden Berufsgruppen aushalten können muss.

Daneben betonten die Richter, dass eine ehrliche Debatte über Gewalt, Kriminalität und Sicherheitslage nicht durch juristischen Druck, auch nicht durch den Dienstherrn, verhindert werden darf.

Es erscheint paradox, dass der Schutz von Whistleblowern beim Hinweisen auf Miss-

stände in der Privatwirtschaft gesetzlich gestärkt wurde, diese Möglichkeit aber den Beamten gegenüber dem Dienstherrn vorenthalten bzw. erschwert wird.

Man kann Manuel Ostermann nur für seinen Kampf und sein Durchhaltevermögen danken, da das vorgenannte Urteil nicht nur ihn entlastet, sondern für die vielzähligen kritischen Beamten Klarheit schafft, dass der Dienstherr nicht die alleinige politische Deutungshoheit besitzt.

Der vorgenannte Richtspruch stärkt die Meinungsfreiheit für Gewerkschaftler, Polizisten, Justizvollzugsbeamte und alle, die sich in sicherheitsrelevanten Bereichen zu Wort melden. Die Richter zeigen hier auf, dass die Demokratie kritische Stimmen aushalten muss! Letztlich gilt dies auch oder sogar insbesondere für die Justiz, da hier zur Wahrung der Gewaltenteilung Gesetze und Rechte besonders sorgfältig angewandt werden müssen.

Stefan Ternes
Stellv. Landesvorsitzender

Einkommensrunde 2025/26 – Tarifabschluss erzielt – Übertragung auf Beamtinnen und Beamte erwartet

Am Fastnachtswochenende fand die dritte Runde der Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder statt und endete tatsächlich mit einem Ergebnis.

Der ausgehandelte Kompromiss nochmal im Überblick:

- 2,8 % zum 01.04.2026, mindestens jedoch um 100 € monatlich
- 2,1 % zum 01.03.2027
- 1,0 % zum 01.01.2028

Laufzeit bis 31.01.2028

Zudem die Erhöhung der Schichtzulage auf 100 Euro, die Wechselschichtzulage auf 200 Euro.

Dies alles für die Beschäftigten im TV-L. Das dieses Ergebnis ein Kompromiss ist, versteht sich von selbst. Forderungen können selten in Gänze umgesetzt werden, aber wer nichts fordert, kann auch nichts erhalten.

„Das Ergebnis muss nun umgehend von der nächsten Landesregierung zeit- und inhaltsgleich auf die Landesbeamtin-

nen und -beamten übertragen werden“, fordert der Landesvorsitzende Mark Schallmo.

„Neben der Anpassung der Besoldung müssen auch für die Beamtinnen und Beamten die Erhöhung der Schichtzulagen und Zulagen für den Dienst zu ungünstigen Zeiten dringend angehoben werden“.

Stefan Wagner
Landesvorsitzender

Treffen der BSBD-RLP-Landesarbeitsgruppe „Soziale Dienste“

Am 02.03.2026 fand das erste Treffen 2026 der BSBD-RLP-Landesarbeitsgruppe „Soziale Dienste“ in Kaiserslautern statt. Im Anschluss an die allgemeine Begrüßung wandte man sich den zuvor benannten Tagesordnungspunkten zu.

Nach der erfolgreichen Höhergruppierung der Fachgruppe „Soziale Dienste“ zum 01.10.2025 von TV-L S 12 nach TV-L S 15 herrscht nach anfänglicher Freude über die lange überfällige Anpassung der tariflichen Eingruppierung bei einigen Beschäftigten inzwischen Unmut.

Zum einen wurden Beschäftigte, die sich bereits in der Endstufe S 12/6 befanden, der Stufe S 15/5 zugeordnet und müssen nun erneut vier Jahre bis zum nächsten Stufenaufstieg warten.

Darüber hinaus fühlen sich einige Beschäftigte benachteiligt, da sie in der S 12 kurz vor einem Stufenaufstieg standen und dieser bei der neuen Eingruppierung in S 15 nicht berücksichtigt wurde.

Das größte Ärgernis zeigt sich in der derzeitigen Handhabung, wonach neu eingestellte Kollegen und Kolleginnen, bei entsprechender Anerkennung von Erfahrungszeiten, unmittelbar der TV-L S 15/6 zugeordnet werden.

Sollte die erkämpfte Angleichung der Tarifgruppe eigentlich den Stellenwert der geleisteten Arbeit der Sozialen Dienste hervorheben und die Tätigkeit im Strafvollzug für Neueinstellungen attraktiver gestalten, so zeigt die gegenwärtige Praxis aus Sicht vieler Beschäftigter wenig bis gar keine Wertschätzung gegenüber den Bestandsmitarbeiter*innen.

Aus Sicht der Landesarbeitsgruppe besteht daher dringender Bedarf, diese Praxis in Gesprächen zwischen den Anstalten und dem Personalreferat des Justizministeriums in Mainz zu überprüfen und gegebenenfalls nachzusteuern.

Des Weiteren bestehen zwischen den einzelnen Anstalten unterschiedliche Regelungen zur Arbeitszeiterstattung bei Fortbildungen und Tagungen für Teilzeitbeschäftigte. In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage nach der Anrechnung von Fahrtzeiten, sowohl bei der Nutzung eines Privat- oder Dienstfahrzeugs als auch bei der Nutzung des ÖPNV.



Die Teilnehmer der AG Soziale Dienste

Es stellt sich daher die Frage, ob hierzu eine einheitliche Regelung möglich ist oder ob jede Anstalt diesbezüglich über eine eigene Dienstvereinbarung verfügt. Im TVöD erhalten Beschäftigte zusätzlich zwei Urlaubstage sowie zwei Regenerationstage, die monetär abgegolten oder in Freizeit umgewandelt werden können. Eine entsprechende Regelung sollte daher auch bei den kommenden Tarifverhandlungen aufgegriffen werden.

Zum Abschluss der Tagungsrunde wurde die aktuelle Lage in den Anstalten thematisiert. Gegenstand der Diskussion waren unter anderem dauerhaft unbesetzte bzw. offene Stellen im Sozialdienst einzelner Anstalten, die allgemeine Bewerbungslage sowie das Vorhandensein eines Bürgerkoffers zur Pass- und Ausweiserstellung. Darüber hinaus wurde die Anzahl der Behandlungsangebote externer Anbieter, wie

etwa Drogenberatung, Schuldnerberatung oder die Unterstützung durch ehrenamtliche Vollzugshelfer und Vollzugshelferinnen, erörtert.

Neue Mitstreiter und Mitstreiterinnen sind jederzeit willkommen und können sich bei Interesse gerne an den Landesvorsitzenden, Herrn Mark Schallmo, oder an die Vertreterinnen der Anstalten Rohrbach, Frankenthal, Trier und Wittlich wenden. Aktuell sind die Anstalten Koblenz, Diez und Zweibrücken noch nicht, bzw. nicht mehr vertreten.

Das nächste Treffen der Landesarbeitsgruppe findet am 21.09.2026 statt!

Nadine Demarteau,
Sprecherin BSBD-RLP-Landesarbeitsgruppe „Soziale Dienste“



Besser finanzieren mit unserem besten BBBank-Zins¹

Sie haben große Pläne? Dann haben wir die passende Baufinanzierung. Als Hausbank des dbb vorsorgewerk bieten wir Ihnen individuelle Beratung und unseren aktuell besten BBBank-Zins¹.

Exklusiv für
dbb-Mitglieder
und ihre
Angehörigen



Jetzt informieren

www.bbbank.de/dbb oder Mail zum Thema
Baufinanzierung für dbb-Mitglieder an
finanzieren@bbbank.de
Antje Stets, antje.stets@bbbank.de
Mobil 0162 2730942

¹ Sie legen der BBBank vor Darlehensvertragsabschluss ein personalisiertes, aktuelles (nicht älter als fünf Bankarbeitstage) und verbindliches Konkurrenzangebot eines Kreditinstituts mit Sitz in Deutschland mit konkreten Parametern (Zinsart – variabel/fest, Zinsbindung, Rate/Tilgung, Immobilie und Sondertilgungsoptionen) vor. Dieses muss dieselben Parameter enthalten wie das künftige Darlehen, das mit der BBBank geschlossen werden soll. Die BBBank wird Ihnen sodann ein entsprechendes Angebot mit einem günstigeren Zinssatz unterbreiten. Sollte die BBBank die Kundenbonität oder Sicherheitenbewertung anders bewerten als das Kreditinstitut, das das Vergleichsangebot erstellt hat, kann sie die Darlehensvergabe ablehnen. Dieses Angebot gilt ausschließlich für Produkte, die im Leistungsangebot der BBBank enthalten sind. Änderungen, Anpassungen oder die Einstellung des Angebots bleiben vorbehalten.